

**Sprechzettel: Klimagerecht, digital, vernetzt – Die Baustelle 2045**

**Pressekonferenz: „Kommunikation Baustelle 2045“**

**Tag der Bauindustrie 2023**

- Meine Damen und Herren,
- ich begrüße Sie herzlich zu unserer jährlichen Pressekonferenz des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie – auf einer Baustelle.
- Wie es sich gehört.
- In diesen Tagen wird oft über den Bau gesprochen.
- WIR sprechen vom Bau – auf dem Bau.
- Das ist mir wichtig, weil ich Ihnen hier veranschaulichen kann und auch möchte, worum es geht.
- Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, die Instandsetzung von Brücken, die Sanierung von Straßen, das Legen von Breitbandkabeln oder das Aufstellen von Windkraftträdern.
- All das sind Aufgaben, die die Bauindustrie anpackt und umsetzt.
- Herausforderungen wie Material- und Fachkräftemangel, Preissteigerungen und wegbrechende Aufträge nehmen wir an.
- Ziele setzen wir um.
- Eines ist dabei klar: Leise geht's nicht!
- Ein Satz, der Ihnen heute schon aufgefallen sein dürfte.
- Es ist der Claim zu unserer Image-Kampagne, die wir heute starten.
- Anlass ist unser 75'ster Geburtstag, das Jubiläum des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie.

- Pünktlich zum Tag der BAUINDUSTRIE, zu dem wir nahezu alle relevanten Vertreter aus dem Bundeskabinett begrüßen werden.
- Den Geburtstag werden wir feiern, obwohl uns einige Zahlen bedrücken.

## **UMSATZ**

- Zum Umsatz: Wir gehen für das laufende Jahr von einem realen Umsatzrückgang im deutschen Bauhauptgewerbe von 6 Prozent aus, wir halten damit die verhaltene Prognose vom Jahresbeginn aufrecht.
- Besonders betroffen wird der Wohnungsbau sein, wo wir mit einem Umsatzrückgang von 9 Prozent rechnen.
- Im Wirtschaftsbau gehen wir von einem Umsatzrückgang von 4 Prozent aus, im öffentlichen Bau von 5 Prozent.
- Der Bau wird somit 2023 im dritten Jahr in Folge auf ein Umsatzminus zu laufen.

## **AUFTRAGSEINGANG**

- Nachdem der Auftragseingang bereits im Vorjahr real um 9,7 Prozent zurückgegangen ist, ergibt sich für das 1. Quartal 2023 eine weitere Abnahme um 18,6 Prozent.
- Diese ist aber darauf zurückzuführen, dass im ersten Quartal 2022 noch ein positiver Auftragseingang zu verzeichnen war, der Rückgang ist somit überzeichnet.

## **AUFTRAGSBESTAND**

- Der Auftragsbestand lag Ende März 2023 zwar nochmals um 2 Milliarden Euro höher als ein Jahr zuvor, dies ist jedoch auf die stark gestiegenen Baupreise zurückzuführen.
- Real ist dagegen ein Minus von 11 Prozent zu verbuchen, besonders ausgeprägt im Wohnungsbau mit minus 21 Prozent.
- Das Bauhauptgewerbe lebt derzeit noch von der guten Auftragslage der Vorjahre und den noch immer relativ hohen Auftragsbeständen.
- Ich betone: Noch!
- Lag die Reichweite dieser Auftragsbestände im Februar 2022 noch bei 5,0 Monaten, waren es im Mai 2023 nur noch 4,0 Monate.

## **WOHNUNGSBAU**

- Zur politischen Einordnung: Im Wohnungsbau hat der Staat zwar einige Duftmarken gesetzt.
- Seit dem 1. Januar 2023 gilt eine lineare AfA von 3 Prozent, sowie eine weitere Sonder-AfA von 5 Prozent über 4 Jahre für Wohngebäude, die den Effizienzhausstandard 40 einhalten.
- Zudem wurde die zwischenzeitlich fast ausgeschöpfte Neubauförderung um knapp 900 Mio. Euro für 2023 aufgestockt.
- All dies ist allerdings nicht genug, um die anhaltend schlechten Rahmenbedingungen auszugleichen.
- Deutlich gestiegene Zinsen verteuern die Investitionen in den Wohnungsbau für private Haushalte und gewerbliche Investoren erheblich.
- Die anhaltend hohen Baumaterialpreise schlagen ins Gewicht und die verschärften energetischen Standards im Neubau - Stichwort Gebäudeenergiegesetz - tun ihr Übriges. Es ist inzwischen in der

Fachwelt allgemein anerkannt, dass es spätestens ab EH 55 einen rapide abnehmenden Grenznutzen für jeden eingesetzten Euro gibt. Die Kosten für ein wenig Mehr an Energieeffizienz sind im Verhältnis zum erreichbaren Klimaeffekt zu hoch. Da können wir mehr erreichen, wenn wir den Dreiklang aus Gebäudehülle, Haustechnik und kommunaler Wärmeversorgung konsequent spielen. Dafür sollten wir auch unsere Leitungsnetze nicht zu voreilig abbauen, im Gegenteil: Wärme- und Stromnetze müssen dringend ausgebaut und Gasnetze auf andere Trägerarten ertüchtigt werden. Nur so wird es genügend Alternativen für die Nutzerinnen und Nutzer geben.

- Zudem leisten wir uns in Deutschland eine hohe Bauregulierung, die einmalig auf der Welt und für rund 30 Prozent der Kosten verantwortlich ist.
- Wir müssen uns deshalb als Gesellschaft ernsthaft fragen, welchen Baustandard wir abseits der Schutzvorschriften brauchen.
- Muss der Schallschutz in jeder Wohnung so ausgefeilt sein wie in einem Tonstudio? Nehmen wir die hohen Kosten auf uns?
- Ich denke Nein.
- Für eine Antwort reicht allein der Fakt, dass die Baugenehmigungen seit Monaten rückläufig sind.
- Wir rechnen für das laufende Jahr nur noch mit etwa 240.000 bis 250.000 fertiggestellten Wohnungen.
- Ohne große Änderungen der Rahmenbedingungen dürfte das Ergebnis 2024 dann nochmals schlechter ausfallen.
- Ich betone: das sind etwas mehr als die Hälfte dessen, was die Politik als Bedarf identifiziert hat.

- Aber das Ausrufen von Zielen allein reicht nicht, schließlich sind wir nicht in einer Planwirtschaft.
- Wohnen muss sich rechnen, und dann werden auch wieder Wohnungen gebaut, die die Menschen da draußen dringend brauchen.

## **INFRASTRUKTUR**

- Große Sorgen bereitet uns ebenfalls der Infrastrukturwegebau.
- 2023 stehen in der Investitionslinie Verkehr des Bundes für Straßen, Schienen und Wasserwege mit 18,6 Milliarden Euro knapp 800 Mio. Euro weniger zur Verfügung als im Vorjahr.
- Das vermeintlich noch hohe Niveau wird zudem durch die zweistelligen Baupreissteigerungen entwertet.
- Will die Bundesregierung ihre verkehrspolitischen Ziele tatsächlich erreichen, wird sie um eine Aufstockung des Verkehretats zumindest ab dem kommenden Jahr nicht umhinkommen.
- Zwar ist die Hoffnung groß, dass mit Einführung der CO<sub>2</sub>-Komponente in der Lkw-Maut zusätzlich Mittel ins System kommen.
- Projekte wie die Hochleistungsnetzkorridore der Deutschen Bahn sind aber bis heute nicht mit konkreten Zusagen aus dem Bundeshaushalt hinterlegt, weshalb es auch der Branche schwerfällt, sich auf etwas einzustellen.
- Schließlich zählt nicht das politische Bekenntnis, sondern die Ausschreibung am Markt. Und davon sehen wir in einigen Bereichen zu wenig.
- Ähnlich problematisch sieht es bei den Kommunen aus, die nach wie vor etwa 60 Prozent der öffentlichen Baunachfrage stellen.
- Laut dem KfW-Kommunalpanel planen die Kommunen für das laufende Jahr mit einem Investitionsplus von 4,4 Prozent.

- Vor dem Hintergrund der steigenden Baupreise bedeutet allerdings auch dies einen deutlichen Rückgang.
- Der von der KfW ermittelte Investitionsrückstand von 166 Milliarden Euro wird auf diese Weise zumindest nicht abgebaut.
- Aber: Ohne leistungsfähige Straßen, Schienen, Wasserstraßen und die dazugehörigen Brücken und Schleusen gibt es keine Mobilität, keine Freiheit, keinen Wohlstand – weder für uns als Privatperson noch für unsere Industrie und Wirtschaft.
- Planungs- und Genehmigungsverfahren sind hierbei der bremsende Flaschenhals und damit auch eine Gefahr für die wirtschaftliche Weiterentwicklung und unsere Wohlstandssicherung.
- Gut, dass Straße und Schiene jetzt gleichermaßen beschleunigt umgesetzt werden können.
- Denn gerade auch der Ausbau der Windenergie hängt wegen der notwendigen Schwerlasttransporte von einer funktionstüchtigen Straßen- und Brückeninfrastruktur ab.
- Vor diesem Hintergrund muss es politischer Konsens sein und bleiben, dass alle Verkehrsträger gebraucht und ausreichend finanziert werden sowie deren Planung beschleunigt wird, um Mobilität und Güterverkehre in unserem Land sicherzustellen.
- Gleichzeitig muss jetzt verstärkt der Fokus daraufgelegt werden, dass die Planungs- und Baukapazitäten effektiv eingesetzt werden können.
- Wir müssen Produktivität steigern, aber dafür muss man mit uns auch gemeinsam arbeiten, in der Projektvorbereitung und in der Planung.
- Gern kann ich hier auf Nachfrage noch tiefer eingehen.

## **BESCHÄFTIGUNG**

- Vor dem Hintergrund dieser Zahlen sieht der minimale Aufbau der Zahl der Beschäftigten um 0,3 Prozent im ersten Quartal 2023 etwas seltsam aus.
- Zumindest bislang gehen die Baufirmen wohl davon aus, dass es keine Wiederholung der langfristigen Baukrise von 1995 bis 2005 geben wird.
- Sie sind daher bestrebt, ihre Belegschaften zu halten, auch, weil in den nächsten Jahren mit einem hohen Abgang in die Rente zu rechnen ist.
- Die Beschäftigung im Bauhauptgewerbe dürfte - wie im Vorjahr - im Jahresdurchschnitt bei 927.000 Erwerbspersonen liegen.

## **UMFRAGE**

- Dies zeigt auch unsere aktuelle Umfrage, wonach im laufenden Jahr 42 Prozent ihre Belegschaften aufstocken und nur 3 Prozent diese reduzieren wollen.
- Der überwiegende Teil (55 Prozent) plant, die Zahl der Beschäftigten stabil zu halten.
- Nach dieser Umfrage greifen unsere Unternehmen bislang nur in geringem Umfang auf Kurzarbeit zurück.
- Nur 12 Prozent haben schon Kurzarbeit realisiert, bei drei Viertel dieser Firmen waren nur bis zu 20 Prozent der Belegschaft betroffen.
- In den vergangenen Monaten ist seitens der Wirtschaftsforschungsinstitute der Bauwirtschaft in Generis der Vorwurf gemacht worden, ein „Inflationsgewinner“ zu sein.
- Dies ist aus unserer Sicht eindeutig nicht zutreffend.

- Die Bilanzauswertung des DSGV für das Jahr 2021 ergab für das Bauhauptgewerbe einen Rückgang der Vorsteuerrendite von 3 Prozentpunkten.
  - Die Zahl der Insolvenzen im Bauhauptgewerbe, die bereits 2022 um mehr als 8 Prozent zugelegt hatte, stieg in den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres sogar um mehr als 22 Prozent.
  - In der Umfrage des Hauptverbandes berichteten für das Vorjahr 33 Prozent der Teilnehmer von einer verschlechterten Ertragslage, nur 26 Prozent von einer besseren.
  - Bei den Erwartungen für das laufende Jahr sieht es noch düsterer aus: 44 Prozent erwarten eine schlechtere Ertragslage als im Vorjahr, nur 16 Prozent eine bessere.
  - Die verschlechterte Ertragslage zeigt sich auch bei den Investitionen.
  - Laut der aktuellen DIHK-Umfrage planen 31 Prozent der befragten Bauunternehmen, in diesem Jahr ihre Investitionen zu reduzieren, nur 17 Prozent wollen sie erhöhen.
  - Alle diese Zahlen machen klar, dass von Inflationsgewinnern nun wirklich nicht die Rede sein kann.
- 
- Doch heute möchte ich nicht nur zurückblicken.
  - Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Klimaneutralität, Ressourceneffizienz, Fachkräftemangel – die großen Transformationsthemen.
  - Eine Zeitenwende auch am Bau, wir denken sie praktisch.
  - Und weil wir ungern darauf warten, dass andere uns sagen, wie das Bauen in Zukunft aussehen wird, machen wir uns unsere eigenen Gedanken.



- Den Rahmen setzen die Klimaschutzziele.
- Bis 2045 müssen wir klimaneutral werden.
- Auch das Bauen selbst.
- Nun ist Bauen aber eine komplizierte Sache.
- Wir sind eben nicht in der Fabrik und produzieren Waren am Fließband.
- Als Bauunternehmen setzen wir um, was andere geplant haben.
- Unser Einfluss ist dadurch begrenzt.
- Größtenteils bestehen Potentiale im Betrieb der Gebäude (Wärme, Kälte) sowie in der Produktion der Baumaterialien.
- Ein profanes Beispiel, und mein Kollege vom VDMA wird Ihnen gleich noch einen dezidierten Blick ermöglichen:
- Natürlich können wir auch unseren Maschinenpark umstellen.
- Aber wir sind auf Rahmenbedingungen außerhalb unseres Einflusses angewiesen.
- Beispielsweise brauchen alle unsere Baufahrzeuge ebenfalls Ladesäulen en masse, überall, mit Starkstrom, keine 11 kw – die es aber noch gar nicht gibt.
- Deshalb müssen wir, um die großen Hebel für den Klimaschutz beim Bauen umzulegen, ganzheitlich denken.
- Ganzheitlich heißt bei uns: den Lebenszyklus mitdenken, z.B. bei der CO<sub>2</sub>-Bilanzierung.
- Und es heißt: nicht an der Branchen- oder Sektorengrenze hängen zu bleiben. Wenn wir die Bauwerke für die Klimawende erstellen, müssen wir von Anfang an mit am Tisch sitzen.
- Die Baustelle 2045 beginnt und endet nicht am Bauzaun.

- Die Baustelle umfasst vor- und nachgelagerte Prozesse wie Vorfertigung, Baustoffproduktion oder Recycling von Abbruchmaterial.
- Sie beginnt schon in der Planung.
- Das zusammenzubringen werden wir nur schaffen, wenn wir beim Planen und Bauen digitaler werden, Grenzen überwinden, Schnittstellen beseitigen, wenn wir kooperativer, vernetzter arbeiten.
- Gestiegene Anforderungen an Bauwerke und klimapolitische Veränderungsnotwendigkeiten treiben den Transformationsprozess der Branche voran.
- Die Produktivität im gesamten Bauprozess muss gesteigert werden!
- Nachhaltig – digital – vernetzt.
- DAS ist unser **Leitbild für die Baustelle 2045**.
- Die große Frage ist also nicht „Wo wollen wir hin“, sondern „Wie kommen wir dahin?“
- Wie schaffen wir es, ausreichend bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen, Netze für die Energie- und Wärmewende auszubauen und unsere Infrastruktur zu ertüchtigen, Ressourceneffizienz zu steigern, und das alles im Sinne des Klimaschutzes, mit immer weniger Menschen, die uns als Fachkräfte zur Verfügung stehen?
- Mit diesen Leitfragen für unsere Zukunft beschäftigen wir uns als Branche und als Verband schon lange.
- Es ist eine gemeinsame Aufgabe, und es geht nicht ohne die Politik, die die Rahmenbedingungen schaffen muss, die wir in der Wertschöpfungskette brauchen.
- Um einen Überblick zu bekommen, wer welche Aufgaben in welchem Zeitrahmen zu erfüllen hat, haben wir gemeinsam mit dem Baumaschinenverband VDMA das Fraunhofer-Institut beauftragt,

eine Roadmap für den Weg zur klimaneutralen „Baustelle 2045“ zu erstellen.

- Sie benennt und sortiert notwendige Maßnahmen, zeigt Wechselwirkungen auf, ordnet Verantwortlichkeiten mit entsprechenden Zeitplänen zu.
- Von Ausschreibung und Vergabe, über das technische Regelwerk, Prozesse, Forschung und Entwicklung, natürlich den Baumaschinenpark, Ausbildung bis hin zum zirkulären Bauen.
- Das Ergebnis ist umfassend und zeigt, wie komplex und herausfordernd die vor uns liegende Aufgabe ist.
- Und: Mit den meisten Maßnahmen müssen wir heute anfangen, wenn die Wirkung sich vor 2045 einstellen soll.
- Die Fraunhofer-Roadmap ist also die Diskussionsgrundlage, um Handlungsempfehlungen für die gesamte Wertschöpfungskette Bau sowie Forderungen an die Politik abzuleiten.
- Einige Handlungsfelder möchte ich kurz hervorheben.
- Als erstes das Thema **Kreislaufwirtschaft**.
- Die „zirkuläre Baustelle“ adressiert die Frage einer möglichst vollständigen Kreislaufführung aller Bauteile und Baustoffe.
- Denn die Schonung unserer Ressourcen durch mehr Wiederverwertung von Baumaterialien ist nicht nur eine Frage der Umweltpolitik.
- Sie ist zentrales Element für eine Rohstoffstrategie am Bau, um Ressourcen zu schonen und unabhängiger von Lieferungen aus dem Ausland zu werden, Stichwort Lieferkettenprobleme.
- Trotz aller Lippenbekenntnisse aber stellen wir fest, dass wir gerade beim Recycling nicht vom Fleck kommen.

- Im Gegenteil: Bei öffentlichen Ausschreibungen werden Recyclingbaustoffe nicht selten explizit ausgeschlossen.
- Hier muss die Politik ansetzen und es mit der Kreislaufwirtschaft am Bau ernst nehmen.
- Was ist zu tun?
  - Wenn mineralische Bauabfälle höherwertig verwertet werden sollen, muss die öffentliche Hand **erstens** den Einbau von Recycling-Baustoffen in Ausschreibungen zulassen und zu Beginn auch belohnen. Andernfalls entstehen kein Markt und kein Anreiz für Unternehmen, sich damit zu beschäftigen.
  - **Zweitens** brauchen wir flächendeckende dezentrale Aufbereitungsstrukturen, da das Ziel der Ressourcenschonung sonst mit dem Klimaschutz kollidiert, wenn Transportentfernungen und die damit verbundenen CO<sub>2</sub>-Emissionen zu groß werden. Urban Mining erfordert Platz für Aufbereitungsanlagen in der Nähe des Abrissortes.
  - **Drittens** muss der Einsatz mobiler Aufbereitungsanlagen vereinfacht werden. An dieser Stelle geht die Ersatzbaustoffverordnung, die am 01.08.2023 in Kraft tritt, definitiv am Ziel vorbei. Denn für die über 1.000 mobilen gilt künftig: für jeden Standort braucht es eine neue Genehmigung – auch wenn sich die Anlage nur wenige hundert Meter von links nach rechts bewegt. Dieser Aufwand übersteigt die Bereitschaft der Branche für diese Lösung.
  - **Viertens**, und jetzt wird es zentral: das Ende der Abfalleigenschaft. Warum? Alles, was wir ausbauen, ist qua Gesetz erstmal Abfall, obwohl es technisch gesehen ein Rohstoff ist. Deshalb braucht es dringend eine klare Definition des Abfall-

Endes, das heißt, unter welchen Kriterien Abrissmaterialien kein „Abfall“ mehr sind, damit wir die Ressourcen weiterverwenden dürfen. Das Ministerium von Frau Lemke hat trotz aller Ankündigungen noch nicht geliefert, weshalb wir ab dem 1. August 2023 vermutlich erstmal mehr auf die Deponie fahren werden als heute schon.

- Als Branche haben wir uns aber noch weitergehende Gedanken dazu gemacht, wie man Baumaterial einfacher wieder in die Wiederverwendung bringen kann.
- Die Frage ist: Müssen verbaute Materialien überhaupt zu Abfall werden?
- Wird das Material zu Abfall, unterliegt es dem komplizierten Abfallregime mit unterschiedlichen rechtlichen Regelungen, wie etwa der Mantelverordnung.
- Ist es durch diesen Prozess durch, muss es nochmals – wie jedes neue Material – seine Eignung als Baustoff nachweisen – eine zusätzliche bürokratische Hürde.
- Hier zeigt sich das große Spannungsfeld zwischen Regelwerk, Normung und Zertifizierung.
- Wäre es aber nicht besser, wir halten unbedenkliche Stoffe unter Vermeidung des Abfallrechts unmittelbar im Kreislauf?
- Aus unserer Sicht ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft, und rechtlich wäre es möglich, wir haben es prüfen lassen.
- Wir haben damit den Finger in die Wunde gelegt, die Richtung aufgezeigt, jetzt ist die Politik am Zug.

- Ein nächstes **Handlungsfeld** ist die **Digitalisierung**.
- Sie umfasst sowohl das Bauwerksmodell wie auch die Themen Datentransfer, Datensicherheit und -souveränität.
- Dabei ist klar: analoge Prozesse 1 zu 1 zu digitalisieren macht keinen Sinn.
- Die digitale Transformation kann nur durch neue Formen kooperativer Zusammenarbeit gelingen.
- Anders gesagt: Arbeiten im digitalen, vernetzten Raum ist ein Katalysator für mehr Kooperation. Anders geht es nicht.
- Die beteiligten Akteure benötigen dafür alle Informationen zu Prozessen, Baustoffen oder Baukonstruktion, um untereinander kommunizieren und optimieren zu können.
- Datenverfügbarkeit und -transparenz ist das Gebot der Stunde.
- Weitgehend ungeklärt ist jedoch, wie die Datensouveränität einer Branche angemessen abgesichert werden kann, die Unmengen von Daten produziert.
- Bestehende gesetzliche Datenschutzkonzepte reichen nicht aus, um dem Regelungsbedarf am Bau gerecht zu werden.
- Im Kern steht die Frage: Wer darf über die am Bau erzeugten Daten wie, zu welchem Zweck und wie lange verfügen?
- Dazu ein Beispiel: In einem Bundesland wird derzeit eine App in öffentlichen Bauprojekten vorgeschrieben, die ungefiltert Echtzeitdaten von Baumaschinen sammelt, wie sie sich bewegen, wann sie eingeschaltet sind, und und und...
- Aus Qualitätszwecken – heißt es.
- Doch: wieso sollen diese Daten überhaupt übermittelt werden, schließlich schulden wir keinen Prozess, sondern eine Leistung?

- Zweitens stehen die Daten über die Bewegung einer Maschine, da sie ungefiltert sind, in keinerlei Zusammenhang zu entsprechenden Logistikkonzepten oder Notwendigkeiten auf der Baustelle.
- Und erst recht nicht, ob Qualitäten eingehalten worden sind, oder nicht.
- Und das auf dem Server privater Dritter.
- Wollen wir das?
- Ich denke Nein.
- Der Bau steht für Ingenieurkompetenz und für das Know-how, Bauprozesse effizient zu organisieren.
- Nochmal: Wir schulden keinen Prozess, sondern eine Leistung, und deshalb sollten insbesondere die prozessbezogenen Daten unser Eigentum bleiben, da ansonsten auch kein vernünftiger Wettbewerb für unsere Kunden stattfinden kann.
- Einen gesetzlichen Eigentumsschutz der Daten wird es mit Blick auf den EU Data Act in naher Zukunft nicht geben.
- Der vertragliche Schutz ist daher heute und in Zukunft die einzige Option für die Bauunternehmen, ihr Know-how wirksam zu schützen – wenn auch nicht in vollem Umfang.
- Daher müssen in Kooperation und Einvernehmen mit relevanten Stakeholdern Lösungen gefunden werden, die einerseits den Datenaustausch befördern, andererseits den Schutz der Daten und deren Verwendung regeln.
- Im Übrigen ist dies nicht allein ein Problem der Bauindustrie.
- Auch öffentliche Auftraggeber müssen genau hinschauen, wie sie ihre Daten, etwa für kritische Infrastrukturen schützen.
- Deshalb ist das Thema der richtigen Datenplattform wichtig.

- Sonst kann es schnell passieren, dass Plattformbetreiber mit einem enormen Datenschatz den Schutzstandard und die Nutzungsrechte vorgeben und die Souveränität über die eigenen Daten verloren geht.
- **Was dann droht?**
- Was Tesla für die deutsche Autowirtschaft ist, könnten Google und Amazon für die Baubranche werden.
- Längst haben sie den ersten Schritt hierhin gemacht.
- Googles „Healthy Materials Programm“ zur Vermeidung schädlicher Baustoffe in Googles Liegenschaften oder Amazons Aktivitäten im Bereich Smart Home haben nicht allein das Ziel, die Wohlfühl-atmosphäre zu verbessern oder den Kühlschrank mit dem Lieferdienst des nahegelegenen Supermarkts zu verbinden.
- Es ist schwer vorstellbar, dass Sprachassistenten wie Amazon Echo, die mittlerweile mit Kameras ausgestattet sind, ausschließlich dazu dienen, Kleidung virtuell anzuprobieren.
- Das Geschäftspotential ist weitaus größer.
- In einem Kommentar in der Zeitschrift Kommunal heißt es zutreffend: „Immer da, wo gutes Geld verdient wird, warten die Organisationsgenies [...] der Digitalisierer darauf, erst mitzuverdienen und später das Geschäft selbst zu machen.“
- Wir als Verband haben den Anspruch, die digitale Transformation der Branche und insbesondere das Thema „Datensouveränität“ strategisch mitzugestalten, um den Erfolg der Unternehmen für die Zukunft zu sichern.



- Die Zukunft einer Branche mit fast einer Millionen Beschäftigten und einem enormen Schatz an ingenieurtechnischem Know-How, der heute mehr denn je gebraucht wird.
  - Daher ist die Rolle klar: Die Bauindustrie ist „Treiber der Digitalisierung“.
  - Es ist deshalb ungemein wichtig, bei der Entwicklung der vernetzten Baustelle für das Thema Datensouveränität zu sensibilisieren.
  - Ein gemeinsames Verständnis von Auftraggebern und Auftragnehmern ist eine Grundvoraussetzung für die gemeinsame Gestaltung vertraglicher Vereinbarungen und der Setzung verlässlicher Rahmenbedingungen in einem sich wandelnden Markt.
- 
- Als **drittes Handlungsfeld** möchte ich auf ein Thema eingehen, das aus meiner Sicht in der Diskussion derzeit viel zu kurz kommt. Es geht dabei um Fragen der Aus- und Weiterbildung, von Studium und Qualifizierung.
  - Zwar reden wir heute viel über **Fachkräfte** – zu oft aber nur über deren Fehlen, zu wenig darüber, wie die Anforderungen an die Fachkräfte am Bau eigentlich aussehen, wenn wir die Ziele erreichen wollen.
  - Die Umsetzung nachhaltiger Bauprozesse, die Anwendung digitalisierter und stärker auf Kollaboration ausgerichteter Arbeitsweisen kann nur funktionieren, wenn unsere Beschäftigten gut ausgebildet ist.
  - Es gilt, bestehende Curricula anzupassen und den Kompetenzaufbau in neuen Tätigkeitsfeldern voranzutreiben.

- Dafür müssen wir die Ausbildungsinhalte, die Weiterqualifizierung und die Studieninhalte auf das Ziel des nachhaltigen Bauens ausrichten.
- Zugleich ist die fortlaufende Anpassung der Inhalte von Aus- und Weiterbildung ein Garant für die wachsende Attraktivität von Karrieren in der Bauwirtschaft, die für die Erreichung politisch und gesellschaftlicher Nachhaltigkeitsziele maßgeblich ist.
- Diese Maßnahmen müssen bis 2035 abgeschlossen sein, eine Aufgabe, die gewaltig ist.
- Die gute Nachricht: Wir fangen nicht bei null an, sondern bauen auf einem verlässlichen System auf.
- So hat die brancheninterne Weiterqualifizierung von Beschäftigten in der Bauwirtschaft hohe Priorität.
- Mit dem 2012 geschaffenen einzigartigen System der Aufstiegsfortbildung ermöglichen wir schon heute Unternehmen wie Beschäftigten, einen etablierten Pfad zur fachlichen Weiterqualifizierung einzuschlagen und sich Spezialqualifikationen anzueignen, die zur Umsetzung komplexer Bauprojekte sowie zur Übernahme von Führungsverantwortung nachgefragt werden.
- Eine Erweiterung des Systems um Komponenten der Qualifizierung im Bereich Nachhaltigkeit ist demnach folgelogisch.
- Eine mit öffentlichen Mitteln geförderte branchenübergreifende ACADEMY, wie in der Roadmap vorgeschlagen, mit Schwerpunkt auf Nachhaltigkeit, kann dabei die wichtige Aufgabe übernehmen, standardisierte und qualitätssichere Zertifikate zu vergeben.

- Mit den überbetrieblichen Zentren der Bauwirtschaft verfügt die Branche bereits seit Jahrzehnten über ein unschätzbares Netzwerk zur Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften.
- Sie sind im Rahmen der Ausbildungsordnung verpflichtender Bestandteil der Ausbildung in der Bauwirtschaft und zugleich Multiplikatoren für die Vermittlung von Kompetenzen in der Anwendung moderner Technologien.
- Mit der Entwicklung von Referenzrahmen für Studiengänge des Bauingenieurwesens hat die Branche akteursübergreifend seit 20 Jahren Anreize zur Sicherung der Ausbildungsqualität in der akademischen Lehre gesetzt.
- Diese Standards werden regelmäßig weiterentwickelt und beziehen mehr und mehr auch das Thema „Nachhaltiges Bauen“ ein.
- Aktuell findet dies sowohl für den Bauingenieur- als auch den Umweltingenieurbereich statt, um Hochschulen in der akademischen Ausbildung der verwandten Fachrichtungen einheitliche Standards an die Hand zu geben.
- Allein die heute hier genannten Handlungsräume zeigen, wieviel an wie vielen unterschiedlichen Stellen passieren muss, damit wir unsere Ziele erreichen.
- Aber wir haben nun eine klare Grundlage für einen Fahrplan.
- Einige Arbeiten sind bereits auf den Weg gebracht.
- Dazu zählt die bereits angesprochene Studie zu den Wechselwirkungen von Regulatorik und Kreislaufwirtschaft.
- Auch zum Thema Digitalisierungen liegen bereits Ergebnisse vor.
- Wir sind also aktiv, aber wie die Studie zeigt, haben wir auch keine Zeit zu verlieren.